

Antrag

des Abg. Hans Dieter Scheerer u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

Ausbildungssituation und Ausbildungsgarantie in Baden-Württemberg – Ergänzungen zu Drucksache 17/464

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sich die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge bzw. besetzten Schulplätze in Baden-Württemberg seit 2016 differenziert nach den Bereichen duale Ausbildung in einem einzelnen Betrieb, duale Ausbildung im Verbund und rein schulische Ausbildung entwickelt hat;
2. wie viele Bewerber um eine duale Ausbildung es in den Jahren 2016 bis 2020 in Baden-Württemberg jeweils gab;
3. welche Informationen ihr dazu vorliegen, welche Ausbildungsberufe in Baden-Württemberg generell, aber insbesondere im Jahr 2021 „über Angebot“ und welche „unter Angebot“ nachgefragt wurden;
4. inwiefern sie davon ausgeht, dass Betriebe bewusst/geplant „unter Bedarf“ oder trotz Bedarfs überhaupt nicht ausbilden (bspw. aufgrund der Kosten der Ausbildung) und demnach trotz bestehendem Fachkräftebedarf kein Ausbildungsangebot besteht;
5. welche Rolle eine mangelnde Ausbildungseignung dafür spielt, dass Ausbildungsstellen unbesetzt bleiben oder dass sich Unternehmen vollständig aus der Ausbildung zurückziehen;
6. welche Maßnahmen die Landesregierung ggf. dagegen ergreift;
7. wie es die Landesregierung bewertet, wenn Ausbildungsberufe, die bisher dual gestaltet waren, aufgrund fehlender Ausbildungsbetriebe in rein schulische Ausbildungswege umgewandelt werden (würden);

8. wie viele Personen sich seit 2016 pro Jahr im sog. „Übergangssystem“ (verstanden als verschiedene Bildungsgänge, die keinen vollqualifizierenden beruflichen Abschluss vermitteln) befunden haben;
9. wie sie die Notwendigkeit einer Ausbildungsgarantie begründet, wenn das Angebot an Ausbildungsplätzen die Anzahl an Ausbildungsbewerbern übersteigt und die Gründe für fehlende Ausbildung also beim „Mismatch“ zwischen Bewerbern und Unternehmen (regional, vom Beruf her, vom Qualifikationsprofil) aber nicht in der Zahl an Plätzen begründet ist;
10. was sie mittelfristig als die größere Herausforderung für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg ansieht – demografische Veränderungen und ein sinkendes Arbeitskräftepotenzial oder eine Überversorgung des Arbeits- und Ausbildungsmarkts mit Bewerbern;
11. wie viele ausländische Berufsabschlüsse in den letzten drei Jahren in Baden-Württemberg anerkannt wurden.

23.9.2021

Scheerer, Reith, Dr. Schweickert, Bonath, Brauer, Goll,
Haußmann, Dr. Jung, Dr. Timm Kern FDP/DVP

Begründung

Der Antrag „Ausbildungssituation und Ausbildungsgarantie in Baden-Württemberg“ des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei u. a. SPD (Drucksache 17/464) stellt wichtige Fragen zur aktuellen Lage der Ausbildung in Baden-Württemberg. Bei den gestellten Fragen wird jedoch sehr stark die Angebotsseite, d. h. die Betriebe als Anbieter einer Ausbildung, in den Blick genommen. Es wird jedoch weniger stark die Nachfrageseite, d. h. die (potenziellen) Auszubildenden, thematisiert. Daher werden hier ergänzende und erweiternde Fragen gestellt, um weitere Aspekte rund um die Ausbildungssituation und Ausbildungsgarantie in den Blick zu nehmen.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 19. Oktober 2021 Nr. 22-6001.1/604 nimmt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus im Einvernehmen mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

1. *wie sich die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge bzw. besetzten Schulplätze in Baden-Württemberg seit 2016 differenziert nach den Bereichen duale Ausbildung in einem einzelnen Betrieb, duale Ausbildung im Verbund und rein schulische Ausbildung entwickelt hat;*

Zu 1.:

Nach Angaben des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg hat sich die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Baden-Württemberg seit 2016 wie folgt entwickelt.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Baden-Württemberg nach Ausbildungsbereichen seit 2016	
Jahr	Neuverträge
2020	66.683
2019	72.915
2018	74.645
2017	74.066
2016	73.698
Datenquelle: Berufsbildungsstatistik. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2021	

Zur Ausbildung im Verbund liegen der Landesregierung keine belastbaren Auszubildendenzahlen vor.

Folgende Tabelle zeigt die Schüleranfängerzahlen an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2016/2017 im Sektor Berufsausbildung der integrierten Ausbildungsberichterstattung.

Schüleranfängerzahlen an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2016/2017 im Sektor Berufsausbildung der integrierten Ausbildungsberichterstattung^{1,2}	
Schuljahr	Anfänger/-innen
2020/2021	27.272
2019/2020	27.400
2018/2019	26.245
2017/2018	26.006
2016/2017	25.241
¹⁾ Ohne duale Berufsausbildung gemäß BBiG und HwO. ²⁾ Ohne Berufskolleg Gesundheit und Pflege I. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2021 Datenquelle: Amtliche Schulstatistik.	

2. wie viele Bewerber um eine duale Ausbildung es in den Jahren 2016 bis 2020 in Baden-Württemberg jeweils gab;

Zu 2.:

Die tatsächliche Zahl der Bewerberinnen und Bewerber für eine duale Ausbildung ist nicht bekannt. Berichtet werden kann die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber für eine Berufsausbildungsstelle. Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung zwischen 2016 und 2020 jeweils zum Stichtag 30. September.

Bewerberinnen und Bewerber für eine Berufsausbildungsstelle seit 2016	
Baden-Württemberg (Gebietsstand Juli 2021)	
Jahr	Bewerber/-innen
2020	59.782
2019	63.815
2018	66.240
2017	67.401
2016	65.606
Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit	

3. welche Informationen ihr dazu vorliegen, welche Ausbildungsberufe in Baden-Württemberg generell, aber insbesondere im Jahr 2021 „über Angebot“ und welche „unter Angebot“ nachgefragt wurden;

Zu 3.:

Welche Ausbildungsberufe in Baden-Württemberg „über Angebot“ und welche „unter Angebot“ nachgefragt wurden, ist nicht bekannt. Berichtet werden kann die aktuelle (August 2021) Relation der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Berufsausbildungsstellen je Bewerber/-in insgesamt sowie nach Berufsbereichen und Berufsgruppen gemäß der Klassifikation der Berufe (KldB 2010).

Berufsbereich (KldB 2010)	Gemeldete Berufsausbildungsstellen je Bewerberin/Bewerber
<i>Stand: August 2021</i>	
Gesamt	1,4
1 Land-, Forst-, Tierwirtschaft und Gartenbau	0,7
2 Rohstoffgewinnung, Produktion und Fertigung	1,3
3 Bau, Architektur, Vermessung und Gebäudetechnik	2,1
4 Naturwissenschaft, Geografie und Informatik	1,1
5 Verkehr, Logistik, Schutz und Sicherheit	1,6
6 Kaufmännische Dienstleistungen, Warenhandel, Vertrieb, Hotel und Tourismus	1,9
7 Unternehmensorganisation, Buchhaltung, Recht und Verwaltung	1,2
8 Gesundheit, Soziales, Lehre und Erziehung	1,1
9 Sprach-, Literatur-, Geistes-, Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften, Medien, Kunst, Kultur, Gestaltung	0,6
Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit	

Bei einem Wert kleiner 1 gibt es weniger gemeldete Berufsausbildungsstellen als gemeldete Bewerberinnen und Bewerber.

Berufsgruppen, die hohe Relationen von Ausbildungsstellen zu Bewerberinnen und Bewerbern verzeichnen, sind u. a. die Berufsgruppen „Metallerzeugung“ (6,5) und „Textiltechnik und -produktion“ (6,1) im Berufsbereich „Rohstoffgewinnung, Produktion und Fertigung“, die Berufsgruppe „Fahrzeugführung im Straßenverkehr“ (3,4) im Berufsbereich „Verkehr, Logistik, Schutz und Sicherheit“ sowie die Berufsgruppen „Verkauf von Lebensmitteln“ (12,7) und „Gastronomie“ (6,9) im Berufsbereich „Kaufmännische Dienstleistungen, Warenhandel, Vertrieb, Hotel und Tourismus“.

Geringe Relationen von Ausbildungsstellen zu Bewerberinnen und Bewerbern verzeichnen u. a. die Berufsgruppen „Tierpflege“ (0,1) und „Landwirtschaft“ (0,7) im Berufsbereich „Land-, Forst-, Tierwirtschaft und Gartenbau“, die Berufsgruppen „Fototechnik und Fotografie“ (0,3) und „Farb- und Lacktechnik“ (0,6) im Berufsbereich „Rohstoffgewinnung, Produktion und Fertigung“ sowie die Berufsgruppen „Veranstaltungs-, Kamera- und Tontechnik“ (0,4) und „Innenarchitektur, Raumausstattung“ (0,5) im Berufsbereich „Sprach-, Literatur-, Geistes-, Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften, Medien, Kunst, Kultur, Gestaltung“.

Aufgrund von Rückmeldungen der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit ist von einer über die letzten Jahre stabilen Verteilung der Stellenbewerberrelation auszugehen.

4. inwiefern sie davon ausgeht, dass Betriebe bewusst/geplant „unter Bedarf“ oder trotz Bedarfs überhaupt nicht ausbilden (bspw. aufgrund der Kosten der Ausbildung) und demnach trotz bestehendem Fachkräftebedarf kein Ausbildungsangebot besteht;

Zu 4.:

Der Landesregierung liegen keine Hinweise vor, dass Unternehmen bewusst oder geplant unter Bedarf oder trotz Bedarf nicht ausbilden. Die Wirtschaftsorganisationen weisen stattdessen darauf hin, dass viele Betriebe ihre angebotenen Ausbildungsstellen nicht besetzen können, weil sie keine oder keine geeigneten Bewerberinnen und Bewerber finden.

5. welche Rolle eine mangelnde Ausbildungseignung dafür spielt, dass Ausbildungsstellen unbesetzt bleiben oder dass sich Unternehmen vollständig aus der Ausbildung zurückziehen;

Zu 5.:

Der Landesregierung liegen keine belastbaren Erkenntnisse darüber vor, wie sich eine mangelnde Ausbildungseignung auf die Besetzung von Ausbildungsstellen oder die betriebliche Ausbildungsentscheidung auswirkt.

Die Frage nach der Ausbildungseignung ist sehr komplex. Die Aufnahme einer Ausbildung bzw. der Besuch der Berufsschule setzt grundsätzlich keinen bestimmten Bildungsabschluss voraus. Letztlich ist es die Entscheidung der Ausbildungsbetriebe, ob sie eine Bewerberin oder einen Bewerber für geeignet halten. Hierfür können unterschiedliche Gründe ausschlaggebend sein. Aus dem Handwerk gibt es die Rückmeldung, dass bspw. die Motivation eines Bewerbers oft wichtiger sei, als seine schulischen Leistungen.

Eine vom baden-württembergischen Handwerkstag im Jahr 2019 durchgeführte Befragung unter Handwerksbetrieben legt nahe, dass eine mangelnde Ausbildungseignung der Bewerberinnen und Bewerber in Einzelfällen dazu führen kann, dass angebotene betriebliche Ausbildungsstellen nicht besetzt werden. Für die baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern ist eine mangelnde Ausbildungseignung ein wichtiger Grund dafür, dass betriebliche Ausbildungsstellen unbesetzt bleiben.

6. welche Maßnahmen die Landesregierung ggf. dagegen ergreift;

Zu 6.:

Als Maßnahme gegen eine mangelnde Ausbildungseignung von Jugendlichen hat das Land im Rahmen des Modellversuchs zur Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf an beruflichen Schulen den Bildungsgang AVdual eingerichtet, der derzeit in 28 Stadt- und Landkreisen durchgeführt wird. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus fördert die sogenannte AVdual-Begleitung, die bei Praktika und beim Übergang in Ausbildung unterstützt, und ein

regionales Übergangsmanagement (RÜM) bei den Stadt- und Landkreisen zur Umsetzung des Modellversuchs vor Ort. Zum Schuljahr 2021/2022 setzen 90 Standorte beruflicher Schulen AVdual im Land um. In Stadt- und Landkreisen, die nicht Region zur Neugestaltung Übergang Schule-Beruf sind, setzen 35 beruflichen Schulen die schulische Ausgestaltungsform Ausbildungsvorbereitung (AV) um. Im Koalitionsvertrag des Landes ist die flächendeckende Ausdehnung der Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf angekündigt. Seit Herbst 2021 befinden sich weitere 12 Schulen in Vorbereitung für das Schuljahr 2022/2023.

Die Stundentafel der Berufsschule sieht im Wahlpflichtbereich die Möglichkeit vor, im Umfang von bis zu zwei Wochenstunden Stützunterricht anzubieten. Die Gestaltung dieser Förderleistung übernimmt die Schule. Zur Unterstützung der Schulen werden laufend Materialien zur individuellen Förderung im Unterricht entwickelt, die den unterschiedlichen Bedarfen von Schülerinnen und Schülern in heterogenen Lerngruppen Rechnung tragen.

Durch die Umsetzung der Handlungsempfehlung „Individuelle Unterstützungssysteme ausbauen“ der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ des Landtags von Baden-Württemberg konnten an beruflichen Schulen neue Spielräume eröffnet werden, um noch gezielter auf die individuellen Bedürfnislagen der jungen Menschen einzugehen und so ihren erfolgreichen Ausbildungsabschluss zu sichern. Beim Schulversuch „Individuelle Unterstützung in der Berufsschule“ wurde an den teilnehmenden beruflichen Schulen ein Sonderpädagogischer Dienst eingerichtet. Aufbauend auf einer qualifizierten kooperativen Bedarfsdiagnostik durch eine Sonderschullehrkraft werden eine individuelle Förderplanung mit Zielvereinbarungen erstellt und konkrete Lernschritte vereinbart. Die individuelle Unterstützung erfolgt in der Regel durch ein Lehrerteam und kann einzeln oder, sofern dies aus pädagogischen oder organisatorischen Gründen sinnvoll erscheint, in Kleingruppen erfolgen.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus fördert im Rahmen des Programms „Erfolgreich ausgebildet – Ausbildungsqualität sichern“ landesweit sogenannte Ausbildungsbegleiterinnen und -begleiter, um während der Ausbildung auch „schwächere“ Auszubildende und deren Ausbilderinnen und Ausbilder in den Betrieben individuell zu unterstützen, insbesondere wenn ein laufendes Ausbildungsverhältnis gefährdet ist. So soll verhindert werden, dass Jugendliche ihre Ausbildung vorzeitig abbrechen. Zudem werden kleine und mittlere Betriebe so unterstützt, dass eine qualitativ hochwertige Ausbildung gelingt.

Darüber hinaus stehen in Baden-Württemberg die Förderinstrumente der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung. Beispiele sind die Einstiegsqualifizierung (EQ) und die Assistierte Ausbildung flexibel (AsA flex).

Auch die Wirtschaft bietet Programme für „schwächere“ Bewerberinnen und Bewerber für eine Berufsausbildungsstelle an. Ein Beispiel ist das Förderjahr Chance M+E, welches die Bewerberinnen und Bewerber auf eine Ausbildung in der Metall- und Elektroindustrie hinführt. Viele Betriebe unterstützen leistungsschwächere Schulabgänger auch durch betriebseigene Nachhilfeangebote oder durch die Möglichkeit der Ausbildung in einem zweijährigen Ausbildungsberuf.

7. wie es die Landesregierung bewertet, wenn Ausbildungsberufe, die bisher dual gestaltet waren, aufgrund fehlender Ausbildungsbetriebe in rein schulische Ausbildungswege umgewandelt werden (würden);

Zu 7.:

Der Landesregierung ist kein Fall bekannt, in dem ein dualer Ausbildungsberuf in eine reine schulische Ausbildung umgewandelt wurde. Im Übrigen hat sich das duale Berufsausbildungssystem sehr bewährt. Deshalb sieht die Landesregierung die betriebliche Ausbildung als prioritär an.

8. wie viele Personen sich seit 2016 pro Jahr im sog. „Übergangssystem“ (verstanden als verschiedene Bildungsgänge, die keinen vollqualifizierenden beruflichen Abschluss vermitteln) befunden haben;

Zu 8.:

Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Schülerzahlen über alle Jahrgänge an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2016/2017 im Sektor Integration in Ausbildung (Übergangsbereich) der integrierten Ausbildungsberichterstattung.

Schülerzahlen an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2016/2017 im Sektor Integration in Ausbildung (Übergangsbereich) der integrierten Ausbildungsberichterstattung¹	
Schuljahr	Schüler/-innen
2020/2021	63.774
2019/2020	64.002
2018/2019	66.275
2017/2018	71.698
2016/2017	75.769
¹⁾ Einschl. Berufskolleg Gesundheit und Pflege I. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2021 Datenquelle: Amtliche Schulstatistik.	

Enthalten sind die Schülerzahlen der einjährigen gewerblichen Berufsfachschulen und der landwirtschaftlichen Vollzeit-Berufsschule. Diese Bildungsgänge zählen formal zum Übergangsbereich, da kein Berufsabschluss erworben werden kann. Allerdings ersetzen sie in der Regel das erste Ausbildungsjahr einer dualen Berufsausbildung.

9. wie sie die Notwendigkeit einer Ausbildungsgarantie begründet, wenn das Angebot an Ausbildungsplätzen die Anzahl an Ausbildungsbewerbern übersteigt und die Gründe für fehlende Ausbildung also beim „Mismatch“ zwischen Bewerbern und Unternehmen (regional, vom Beruf her, vom Qualifikationsprofil) aber nicht in der Zahl an Plätzen begründet ist;

Zu 9.:

Aktuell ist wegen der ausreichenden Zahl an angebotenen Ausbildungsplätzen eine Ausbildungsgarantie nicht erforderlich. Diese Situation kann sich wieder ändern. Die Landesregierung versteht die Ausbildungsgarantie als Lösung und Strategie für den Fall, dass ausbildungswillige und -fähige Jugendliche nicht in eine Ausbildung einmünden können, weil zu wenig betriebliche Ausbildungsstellen angeboten werden. Das ist, wie dargelegt, aktuell nicht der Fall. Im kommenden Ausbildungsjahr 2022/2023 ist es dann möglich, wenn die sich aktuell zurückhaltenden Jugendlichen zusätzlich auf den Ausbildungsmarkt drängen sollten. Zum Ausbildungsjahr 2022/2023 soll daher eine Ausbildungsgarantie angeboten werden, deren konkrete Ausgestaltung mit den Bündnispartnern entwickelt werden soll.

10. was sie mittelfristig als die größere Herausforderung für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg ansieht – demografische Veränderungen und ein sinkendes Arbeitskräftepotenzial oder eine Überversorgung des Arbeits- und Ausbildungsmarkts mit Bewerbern;

Zu 10.:

Mittelfristig sieht die Landesregierung die größere Herausforderung darin, dass es den Betrieben nicht gelingt, alle ihre Ausbildungsplätze zu besetzen, weil geeignete Bewerberinnen und Bewerber fehlen. Gründe für den Bewerbermangel sind der demografische Wandel mit einem Rückgang der Schulabgänger sowie der Trend zu schulischen und akademischen Ausbildungen. Es gilt deshalb auch in den kommenden Jahren, die Attraktivität der beruflichen Ausbildung weiter zu erhöhen.

11. wie viele ausländische Berufsabschlüsse in den letzten drei Jahren in Baden-Württemberg anerkannt wurden.

Zu 11.:

Nach Angaben des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg wurden in den Jahren 2018, 2019 und 2020 folgende Anerkennungsverfahren zu Ausbildungsberufen gemeldet:

Jahr	Entscheidung (vor Rechtsbehelf)			
	positiv – volle Gleichwertigkeit	Auflage einer Ausgleichsmaßnahme	teilweise Gleichwertigkeit	positiv – partieller Berufszugang
2018	2.718	2.078	332	1
2019	3.117	2.448	490	–
2020	2.889	2.699	433	1

Dr. Hoffmeister-Kraut
Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Tourismus